

**Grußwort von Peter Nobert  
(Saarländischer Flüchtlingsrat) zum  
Newroz-Empfang 2017 des Kurdischen  
Gesellschaftszentrums Saarbrücken  
(Manuskript):**



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr gerne bin ich der Anfrage des Kurdischen Gesellschaftszentrums in Saarbrücken nachgekommen, heute im Namen des Saarländischen Flüchtlingsrates ein Grußwort zum kurdischen Neujahrsfest zu sprechen.

Zu Beginn möchte ich noch einmal unser Unverständnis und unseren Unmut über die Entscheidung der Stadt Saarbrücken ausdrücken, die es untersagte, den diesjährigen Newroz-Empfang im Festsaal des Saarbrücker Rathauses zu veranstalten. Man wollte keine politische Veranstaltung im Rathaus und doch ist diese Entscheidung von Charlotte Britz knallharte Politik. Und selbstverständlich ist das ein fatales politisches Signal, wenn man der Stimme der Opposition in der Türkei, also einer Stimme, die für Demokratie, Feminismus und Säkularismus steht, im Saarbrücker Rathaus regelrecht den Mund verbietet.

Wir alle – und ich denke, ich darf dies im Namen vieler Kräfte der saarländischen Zivilgesellschaft sagen - , erwarten von der Stadt Saarbrücken, die immerhin von rot-rot-grün regiert wird, zukünftig hier eine klarere Haltung, angesichts der Tatsache, dass in der Türkei unter den Augen der Weltöffentlichkeit rechtsstaatliche Strukturen zerschlagen werden und die gesamte Opposition mehr oder weniger mundtot gemacht wird.

Wie die meisten von Ihnen wissen, bin ich von Beruf Rechtsanwalt. Und seit rund 24 Jahren bin ich in meiner Arbeit regelmäßig damit konfrontiert, dass hier lebende Kurdinnen und Kurden die Einbürgerung verwehrt oder die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird, nur weil man sich an politischen Aktivitäten und Aktionen beteiligt hat, die vom Saarländischen Innenministerium als PKK-Aktivitäten eingestuft werden. Zur Erinnerung: Seit November 1993 gilt in Deutschland ein Betätigungsverbot der Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Und dieses Verbot hat bis heute Konsequenzen. Nein, es geht hier nicht um „Terrorismus“ oder militante Aktionen, kriminalisiert werden Aktivitäten wie die Teilnahme an Demonstrationen oder Unterschriftenkampagnen, die für uns alle ein fester Bestandteil der demokratischen Kultur und Meinungsbildung sind.

Als Menschenrechtsorganisation können und wollen wir dazu nicht schweigen. Es geht auch nicht darum, was ich persönlich von der Kurdischen Arbeiterpartei, PKK, halte, ob ich ihre Politik richtig oder falsch oder die Organisation sympathisch oder unsympathisch finde. Entscheidend ist, dass über das Instrument PKK-Verbot einer relevanten gesellschaftlichen Minderheit wesentliche demokratische Rechte vorenthalten werden. Es ist genauso wie bei der Kündigung des Rathaus-Festsaales: Folklore ist erlaubt, gesellschaftspolitisches Engagement aber wird sanktioniert. Gegen diesen permanenten Zustand der Verunsicherung und Entpolitisierung wehrt sich der Saarländische Flüchtlingsrat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das PKK-Verbot ist doch so was von Vorgestern. In ihm schimmert noch die obrigkeitstaatliche Haltung mit Pickelhaube und Preußens Gloria durch. Im PKK-Verbot wirken das undemokratische Vereinsverbot und der § 129, also Bildung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, zusammen. Früher hieß das „staatsfeindliche Verbindung“. Mit früher meine ich 1871, also Deutsches Reich und Bismarck; der Feind war noch die S-P-D und sie wurde wie die PKK heute mit dem Hammer des Organisationsstrafrechts

verfolgt.

Seit dem Putsch vom 15. Juli 2016 befindet sich die Türkei im Ausnahmezustand und auf dem Weg in eine islamistisch geprägte Diktatur. Angesichts der Ausschaltung jeder politischen Opposition, der Einschränkung der Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit, der Zerschlagung rechtsstaatlicher Strukturen sowie staatlicher Willkür und Folter, will und wird der Saarländische Flüchtlingsrat nicht zur Tagesordnung übergehen. Zu den harten Fakten gehört auch, dass die Türkei für die EU und somit für Deutschland zu einem Schlüsselpartner geworden ist. Sie soll als Türsteher Flüchtlinge von Europa fernhalten. Das berührt unmittelbar unsere Arbeit als Flüchtlingsrat.

Nein, die Türkei ist nicht weit weg. Sie ist es schon deswegen nicht, weil es in Deutschland Millionen Menschen türkischer und kurdischer Herkunft gibt. Was heute in der Türkei passiert, hat Rückwirkungen in die Verhältnisse hier. Und es sollte wirklich allen klar sein: Was im Kampf um Demokratie und Menschenrechte dort verloren wird, wird in letzter Konsequenz auch hier verloren.

Newroz ist nicht nur ein Neujahrsfest. Newroz steht für Widerstand gegen Unterdrückung, für Freiheit, Würde und Menschenrechte. In diesem Sinne: Newroz piroz be.